

Hauptsatzung

der Gemeinde Schalkholz
Kreis Dithmarschen

Inhalt

§1	Siegel
§2	Einberufung der Gemeindevertretung
§3	Bürgermeisterin und Bürgermeister
§4	Gleichstellungsbeauftragte des Amtes
§5	Ständige Ausschüsse
§6	Einwohnerversammlung
§7	Entschädigung
§8	Wertgrenze bei Erwerb von und Verfügung über Gemeindevermögen
§9	Verträge mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern
§10	Verpflichtungserklärungen
§11	Veröffentlichungen
§12	Höchstbetrag für die Übertragung der Zustimmung zum Eingehen über- und außerplanmäßiger Ausgaben sowie über- und außer- planmäßiger Verpflichtungsermächtigungen
§13	Inkrafttreten

§ 1 - 10 pp.

§11 Veröffentlichungen

- 1) Satzungen der Gemeinde werden durch Aushang an der amtlichen Bekanntmachungstafel, die sich am Geschäftsgebäude der Raiffeisenbank, Klint 2, befindet, während einer Dauer von 14 Tagen bekanntgemacht. Die Bekanntmachung ist mit dem Ablauf des letzten Tages der Aushangfrist bewirkt.

- 2) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.
- 3) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in der Form des Absatzes 1, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

§ 12

§ 13 *Inkrafttreten*

Die Hauptsatzung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft; § 7 tritt rückwirkend am 01.04.1996 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 12.11.1991, zuletzt geändert durch Satzung vom 29.05.1996, außer Kraft.

Die Genehmigung nach § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung wurde durch Verfügung des Landrats des Kreises Dithmarschen vom 23.04.1997 erteilt.

Schalkholz, den 28.04.1997
gez. Möller
(Bürgermeister)

Die vorstehende auszugsweise Abschrift aus der Hauptsatzung der Gemeinde Schalkholz vom 28.04.1997 wird hiermit beglaubigt.

Tellingstedt, den 27.05.1998
Amt Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt

Der Amtsvorsteher

Im Auftrage



Nottelmann



ERLÄUTERUNGSBERICHT

zur 1. Änderung

der Gemeinde

SCHALKHOLZ

1. Allgemeines

Die Gemeinde Schalkholz verfügt über einen Flächennutzungsplan, den der Herr Innenminister des Landes Schleswig-Holstein am 23.11.1982 genehmigt hat. Der Flächennutzungsplan trägt den wirtschaftlichen, verkehrlichen, kulturellen und verwaltungsmäßigen Gegebenheiten unter Berücksichtigung der bisher bekannten Zielsetzung für die weitere städtebauliche und bauliche Entwicklung Rechnung.

2. Städtebauliche Entwicklung und Planungsziele der Gemeinde

Eine Änderung des Flächennutzungsplanes ist nunmehr erforderlich geworden, um auch weiterhin der fortschreitenden städtebaulichen Entwicklung in der Gemeinde vorbereitend Rechnung zu tragen.

Die Gemeinde verfügt über einen Bebauungsplan, der entsprechend den Festsetzungen des Bebauungsplanes mit einer aufgelockerten Wohnbebauung realisiert worden ist.

Aufgrund des örtlichen Bedarfs an Wohnbaugrundstücken beabsichtigt die Gemeinde nunmehr, den Bebauungsplan zu erweitern. Zur Erschließung weiterer Grundstücke soll der Bebauungsplan Nr. 1 geändert und ergänzt werden.

Zur Durchführung der Bebauungsplanänderung werden nunmehr die nach dem rechtsverbindlichen Flächennutzungsplan ausgewiesenen Flächen für die Landwirtschaft der Teiländerungsflächen als

- Wohnbauflächen (W)

ausgewiesen. Es sollen neben den bebauten Grundstücken 12 weitere Wohnbaugrundstücke nördlich und südlich des vorhandenen Bebauungsplanes in eingeschossiger offener Bauweise für den überwiegenden „Einfamilienhausbau“ als allgemeines Wohngebiet (WA) erschlossen werden. Dabei wird eine aufgelockerte Einzelhausbebauung mit max. 2 Wohneinheiten vorgesehen. Nach Realisierung des Bebauungsplanes wird mit einer Zunahme von rd. 15 - 20 Wohneinheiten gerechnet.

Die Größe des Plangeltungsbereiches ist erforderlich geworden, um dem überwiegenden Eigenbedarf an Wohngrundstücken in der Gemeinde für ca. 5 Jahre bis ca. zum Jahre 2003 zu decken und um eine vertretbare Lösung der Erschließungsmaßnahmen zu erreichen. Das Baugebiet kann nach Realisierung des vorliegenden Bebauungsplanes nach Nordosten erweitert werden.

Bei der Ausweisung der Wohnbauflächen sind die Belange des Umweltschutzes beachtet worden. In dem künftigen Erweiterungsgebiet des Bebauungsplanes werden keine unzumutbaren Immissionen durch Verkehr, Landwirtschaft oder Gewerbe erwartet. Landwirtschaftliche Betriebe mit Intensivtierhaltungen und emissionsträchtige Gewerbebetriebe liegen nicht im Einwirkungsbereich des künf-

tigen Wohngebietes. Die Bauflächen liegen in einer Entfernung von ca. 60 m von der Landesstraße 149 (L 149) entfernt. Nach einer Berechnung des Beurteilungspegels nach der DIN 18005 - Schallschutz im Städtebau - (s. Anlage) werden die Richtwerte für allgemeine Wohngebiete nicht erreicht bzw. überschritten. Schallschutzmaßnahmen werden nicht erforderlich.

Durch die Realisierung des künftigen Erweiterungsgebietes des Bebauungsplanes auf den bislang landwirtschaftlich genutzten Flächen werden nach dem Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) Schleswig-Holstein Eingriffe in Natur und Landschaft vorbereitet. Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes sind nach dem LNatSchG so gering wie möglich zu halten. Unvermeidbare Eingriffe sind vorrangig im Bauleitplan auszugleichen (§ 8 a Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG -).

Eingriffsminimierungen sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden bei der in der Aufstellung befindlichen verbindlichen Bauleitplanung nach dem zu erstellenden landschaftspflegerischen Begleitplan zur vorliegenden Bauleitplanung berücksichtigt. Da die Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen im direkten räumlichen Zusammenhang nicht möglich und auch ökologisch nicht sinnvoll erscheinen, beabsichtigt die Gemeinde, neben einer Reihe von Maßnahmen innerhalb des Bebauungsplangebietes das verbleibende Ausgleichsdefizit durch eine freiwillige Ersatzmaßnahmen „außerhalb“ des Plangeltungsbereiches des Bebauungsplanes zu kompensieren. Die Gemeinde Schalkholz stellt dafür eine bisher als Grünland genutzte landwirtschaftliche Fläche in einer Größe von rd. 2000 m² für den Naturschutz zur Verfügung. Die Fläche soll der Sukzession überlassen und damit ökologisch aufgewertet werden.

In diesem Zusammenhang wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Maßnahme keine Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme nach § 8 a BNatSchG darstellt. Den Grundstückseigentümern innerhalb des künftigen Bebauungsplanes entstehen durch diese freiwillige Maßnahmen der Gemeinde keine Kosten.

Mit der Umsetzung der Erweiterung des Bebauungsplanes wird eine größere Baulücke am westlichen Ortsrand von Schalkholz geschlossen. Die künftige Bebauung führt zu einer Abrundung der westlichen Ortslage. Die vorhandenen Knicks und die im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung künftigen Bepflanzungen bilden im Rahmen der Ausgleichsmaßnahmen auf Dauer die Eingrünung der Bebauung zur freien Landschaft (Eingliederung des Baugebietes in das Landschaftsbild).

Die Gemeinde Schalkholz verfügt noch nicht über einen Landschaftsplan. Die Gemeinde hat im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung eine Ausnahme von der Verpflichtung zur Aufstellung eines Landschaftsplanes vom Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten erhalten.

3. Erschließung der Bauflächen

Die künftigen Erweiterungsgebiete des Bebauungsplanes werden an das vorhandene angrenzende Straßennetz der Gemeinde angebunden.

4. Ver- und Entsorgung

Die künftigen Erweiterungsgebiete des Bebauungsplanes werden an die vorhandenen Versorgungsanlagen innerhalb der angrenzenden Ortslage angeschlossen.

Das Schmutzwasser wird mit Rücksicht auf die Reinhaltung der Gewässer über Kanalisationsleitungen der gemeindlichen Kläranlage zugeführt.

Schalkholz, den 03.04.1998



[Handwritten signature]
Gemeinde Schalkholz
- Bürgermeister -

Anlage zum Erläuterungsbericht zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes
der Gemeinde Schalkholz

Ermittlung der Beurteilungspegel nach DIN 18005 - Schallschutz um Städtebau -

1. Allgemeines

Die bei der nachfolgenden Berechnung verwendeten Zahlen über die durchschnittlichen täglichen Verkehrsmengen des Jahres (DTV) entstammen den Angaben des Straßenbauamtes Heide für das Prognosejahr 2010 (DTV 95 + 20 %).

$$\text{DTV} = 3766 \text{ (Lkw-Anteil tags und nachts} = 10,1 \text{ \%)}$$

Der Straßenbelag in dem Straßenabschnitt der L 149 besteht aus Asphaltbeton. Die max. Höchstgeschwindigkeit beträgt 50 km/h.

Der Abstand von der Mitte der Fahrbahn der L 149 bis zum östlichen Rand der Wohnbaufläche beträgt rd. 60 m.

2. Ermittlung des Beurteilungspegels

$$M_t = 0,06 \times \text{DTV}$$

$$M_n = 0,008 \times \text{DTV}$$

$$p_t = 10,1 \text{ \%}$$

$$p_n = 10,1 \text{ \%}$$

$$M_t = 0,06 \times 3766 = 226 \text{ Fz/h}$$

$$M_n = 0,008 \times 3766 = 30 \text{ Fz/h}$$

$$L_{\tau t} = 64 - 0,5 - 4 + 0 + 0 - 5,5 = 54,0 \text{ dB}_{(A)} < 55$$

$$L_{\tau n} = 55 - 0,5 - 4 + 0 + 0 - 5,5 = 45,0 \text{ dB}_{(A)} = 45$$

3. Beurteilung

Die Orientierungswerte für Verkehrslärm nach dem Beiblatt 1 zur DIN 18005, Teil 1, werden für allgemeine Wohngebiete nicht überschritten. Schallschutzmaßnahmen werden nicht vorgesehen.

Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten • Postfach 62 09 • 24119 Kiel

Amt Kirchspielslandgemeinde
Herrn Lorenzen

Postfach 51

25780 Tellingstedt

Amt KLG Tellingstedt	
Tellingstedt	
Eing.	20. JULI 1999
	<i>[Handwritten mark]</i>

Ministerium für Umwelt,
Natur und Forsten
des Landes Schleswig-Holstein

Kopie f. GV

Ihr Zeichen / vom

Ihr Zeichen/vom

Mein Zeichen / vom

X 344-51/51-100

Telefon (0431)

988-7337
Herr H.-A. Wrage

Ausnahme von der Verpflichtung zur umgehenden Aufstellung eines Landschaftsplanes 1. Änderung B-Plan Nr. 1 Gemeinde Schalkholz

Mit o.g. Schreiben bitten Sie um Erteilung einer Ausnahme von der Verpflichtung, umgehend einen Landschaftsplan zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 der Gemeinde Schalkholz aufzustellen.

Aufgrund der von Ihnen dargelegten Sachlage stimme ich Ihrem Antrag aus Anlaß der laufenden Bauleitplanverfahren von dem Erfordernis eines Landschaftsplanes abzusehen, zu.

Unabhängig hiervon besteht für die Gemeinde Schalkholz grundsätzlich und auch ohne bauleitplanerischen Anlaß die Pflicht zur Aufstellung eines Landschaftsplanes gemäß § 6 des Landesnaturschutzgesetzes. Dieser Plan ist so bald wie möglich in Angriff zu nehmen.

Ferner weise ich vorsorglich darauf hin, daß nach § 8a Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz nunmehr in der Bauleitplanung (Flächennutzungsplan, Bebauungsplan) die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung anzuwenden ist.

[Handwritten signature]
H.-A. Wrage

Grenzstraße 1-5
24149 Kiel
Telefon 0431 988-0
Telefax 0431 988-7239

Verkehrsmittel:
Buslinie 11 und 12
Dampfer Schwentine-Linie

Innenministerium · Postfach 1133 · 24100 Kiel

Amt KLG Tellingstedt	
Eing.	0 5. NOV. 1999
<i>4</i>	<i>10 I/2</i>

Innenministerium
des Landes
Schleswig-Holstein

Per Telefax vorab
Amt Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt
Der Amtsvorsteher
Postfach 51

nachrichtlich:

Landesplanungsbehörde
StK 330

25780 Tellingstedt

d. d. Landrat des Kreises Dithmarschen
Stettiner Str. 30

25746 Heide

Kreis Dithmarschen
Eing. 0 3. Nov. 1999
Anlagen

G E S E H E N
und weitergeleitet.
Heide, den 04. 11. 1999
Der Landrat
des Kreises Dithmarschen
Im Auftrage:

Baumert

Ihr Zeichen / vom
610-11-0/1
20.7.1999

Mein Zeichen / vom
IV 642-512.111-51.100
(1.Ä.)

Telefon (0431)
988-3336 / Fax -3358
Frau Lau

Datum
27.10.1999

Genehmigung der 1.Änderung.des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Schalkholz

Die von der Vertretungskörperschaft am 24.2.1998 beschlossene 1 Änderung des Flächennutzungsplanes (bestehend aus der Planzeichnung) genehmige ich nach § 6 des Baugesetzbuches (BauGB).

Ich bitte um Beachtung des folgenden Hinweises:

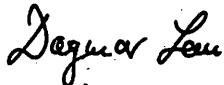
Der Verfahrensakte ist noch das Original Exemplar der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung beizufügen.

Die vorgelegten Unterlagen gebe ich bis auf eine Planzeichnung nebst Erläuterungsbericht zurück.

Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon (0431) 988-0
Telefax (0431) 988-2833
Telex 299 871 lreg d
e-mail: Poststelle@im.landsh.de
Internet: www.schleswig-holstein.de
Bus: Linie 41,42

Die Erteilung der Genehmigung ist nach § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist der räumliche Geltungsbereich zu umschreiben; ferner sind Hinweise nach § 215 Abs. 2 BauGB zu geben. Auf Nummer 4.3 des Verfahrenserlasses vom 3. Juli 1998 (Amtsbl. Schl.-H. S. 576) weise ich hin.

Ich bitte, mir einen Abdruck der Bekanntmachung (bei Aushang mit Datum der Abnahme) vorzulegen und dem Landrat eine Planausfertigung einschließlich Erläuterungsbericht zu übersenden.



Dagmar Lau

Anlagen

2 Planausfertigungen
1 Verfahrensakte

Örtliche Bekanntmachung der Gemeinde Schalkholz

Betreff: 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Schalkholz

Das Innenministerium des Landes Schleswig - Holstein hat mit Bescheid vom 27.10.1999, Aktenzeichen IV 642-512.111-51.100 die von der Gemeindevertretung in der Sitzung am 24.02.1998 beschlossene 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Schalkholz für das Gebiet „Nordfeld, zwischen den Straßen Holtenbarg und Nordfeld und Holtenbarg und Liethweg“ nach § 6 Abs. 1 BauGB genehmigt.

Die Erteilung der Genehmigung wird hiermit bekanntgemacht.

Alle Interessierten können die 1. Änderung des Flächennutzungsplanes und den Erläuterungsbericht in der Amtsverwaltung Tellingstedt, Teichstraße 1, Zimmer 4, während der Sprechstunden einsehen und über den Inhalt Auskunft erhalten.

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften ist unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht wird. Mängel der Abwägung sind unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von sieben Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht werden. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, dazulegen (§ 215 Abs. 1 BauGB).

Tellingstedt, 02.11.1999

Amt Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt

Der Amtsvorsteher

Im Auftrag


(Lorenzen)

VERÖFFENTLICHT:

An der Bekanntmachungstafel in Schalkholz am Geschäftsgebäude der Raiffeisenbank, Klint 2
ausgehängt am 08.11.1999

abzunehmen am 23.11.1999

abgenommen am 23.11.99

Amt Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt

Der Amtsvorsteher

Im Auftrage



Amt Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt

Der Amtsvorsteher

Im Auftrage



